Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh**, **Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends 5 Uhr**, **Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags 10 Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 11. Sonnabend, den 19. Januar. 1867

Landtag.

53. Sitzung des Abgeordnetenhauses a. 16. d. (Schluß zu Nr. 10) Gesetz, betreffend die Abänderungen der Portotaxe. Gegen § 1 der Kommissionsvorlage, welcher das Zuschlagsporto für unfrankirte oder unzulänglich frankirte Briefe erst bei Entfernungen über 10 Meilen zulassen will, sprachen der Regierungs-Kommissar von Philippsborn und der Abg. v. Vincke-Hagen, für denselben der Referent Abg. Becker und die Abgg. Lasker und Tornely. Derselbe wurde alsdann mit großer Majorität angenommen, worauf der Regierungs-Kommissar erklärte, daß die Staatsregierung auf die Weiterberathung des Gesetzes kein Gewicht lege. Die übrigen Paragraphen des Gesetzes, sowie das ganze Gesetz wurden ebenfalls mit großer Majorität angenommen, die von der Kommission vorgeschlagene Resolution für Einführung eines einheitlichen Portosatzes dagegen abgelehnt. Das Abgeordnetenhaus erledigte dann noch den Gesetzentwurf, betreffend die den gemeinnützigen Aktien-Baugesellschaften zu bewilligende Sportel- und Stempelfreiheit, indem es denselben ohne Diskussion genehmigte.

54. Sitzung des Abgeordnetenhauses a. 17. d.

Das Haus trat zunächst in die Berathung des Paur'schen Gesetzentwurfs, die Gewährung von Diäten an die preußischen Abgeordneten zum norddeutschen Parlament betreffend. Bekanntlich vertreten die beiden Referenten ein entgegengesetztes Votum. Zunächst motivirte der Referent Graf Bethusy-Huc sein auf Ablehnung gerichtetes Votum. Der Antrag widerspreche der Bestimmung der Verfassung, wonach Gesetzentwürfe, die abgelehnt sind, nicht in derselben Session wieder eingebracht werden dürfen; das Schulzesche Amendement zum Wahlgesetz des norddeutschen Bundes sei abgelehnt. Der vorliegende Entwurf sei zwar anders formulirt und abgegrenzt, aber er wolle dasselbe. Abgesehen hiervon, drohe die Annahme des Entwurfs ein Monolog zu werden, da die Disposition der beiden anderen Faktoren bekannt sei. Der Wegfall der Diäten sei ein nothwendiges Korrelat des allgemeinen Wahlrechts unter Zulassung von Beamten, er sei der Schlußstein des Selfgovernements. Ferner wurde durch Zahlung von Diäten ein Privileg für die Beamten geschaffen; endlich sei die Zahl fähiger Kandidaten auch ohne Diäten so groß, daß die Wahlfreiheit nicht eingeschränkt erscheine. Der Präsident ersuchte den Referenten, seinen Antrag, den Entwurf auf Grund des Artikels 64 für unzuläßig zu erklären, schriftlich einzubringen. Abg. v. Hoverbeck als zweiter Referent: Ein gleicher Gesetzentwurf habe dem Hause nicht vorgelegen, sondern nur ein Wahlgesetz, und das Haus habe damit nur entschieden, daß die von Schulze beantragte Bestimmung über die Diäten nicht in das Wahlgesetz aufgenommen werden soll; es würden viele, die damals gegen den Schulze'schen Antrag gestimmt, weil er nicht in das Wahlgesetz gehöre oder inopportun sei, heute für den Paur'schen Antrag stimmen, weil ein solches Gesetz nothwendig sei. Es handle sich auch nicht mehr um eine Bestimmung für den norddeutschen Bund, sondern lediglich für Preußen. Es würde gut sein, die Diätenfrage dem norddeutschen Parlament abzunehmen, da sie für dasselbe zu delikat sei und dasselbe durch den Mangel der Diäten schon in seinem Charakter alterirt würde. Die finanziellen Bedenken gegen den Antrag seien unerheblich. Der Hauptgesichtspunkt sei, daß der Wegfall der Diäten eine Fälschung des allgemeinen Wahlrechts sei, das darauf beruhe, daß jeder Kreis den Mann seines Vertrauens schicken könne. Die Verhältnisse für die Wahl seien ohnehin ungünstig genug, die Presse geknebelt, das Vereinsrecht beschränkt; wenigstens in dieser Frage müsse das Volk vor den Wahlen wissen, woran es sei. Referent geht hierauf auf einige Argumente des andern Referenten polemisirend ein.

Der Präjudizialantrag des Abg. Graf Bethusy-Huc war inzwischen eingebracht. Lasker verlangte Abstimmung über denselben vor der Diskussion, weil der präjudizielle Antrag den Hauptantrag als durch die Verfassung ausgeschlossen alimine zurückweisen wolle. Twesten trat dieser Ansicht entgegen, weil der Antrag die Bedeutung einer motivirten Tagesordnung habe. Der Präsident schloß sich der Laskerschen Auffassung an, ebenso der Abg. Graf Schwerin. Virchow meint, der Art. 64 sei so klar, daß der bloße Ausspruch des Präsidenten genüge, den präjudiziellen Antrag zurückzuweisen. Der Präsident widerspricht dem, und das Haus entscheidet sich mit großer Majorität für die Laskersche Ansicht, worauf der präjudicielle Antrag mit großer Mehrheit ohne Diskussion verworfen wurde.

In der hierauf eröffneten Generaldiskussion sprach zunächst der Abg. Flottwell gegen den Gesetzentwurf: Wenn man behaupte, die Nichtzahlung von Diäten schließe zu viele von der Wählbarkeit aus, so behaupte man, daß unsere politische Bildung noch nicht reif genug sei. Der Wegfall der Diäten wird die Kategorie der Beamten einschränken, und das halte er für segensreich, wie er die prinzipielle Ausschließung der Beamten wünsche. Diesen Standpunkt motivirte Redner ausführlich und warf schließlich der Linken vor, daß ihr das allgemeine gleiche Wahlrecht sehr unbehaglich sei. Abg. Löwe: Die Träger der nationalen Idee seien in Deutschland stets die aus kleinen Verhältnissen sich emporarbeitenden Vertreter der Intelligenz gewesen. Der Kompromiß, auf welchem das Wahlgesetz beruhe, sei ein solcher zwischen Preußen und den Bundesstaaten gewesen; dieser sei von den Bundesstaaten verlassen, deshalb sei auch dieses Haus nicht daran gebunden; dies sei der Grund, weshalb Mitglieder, die, wie er, damals gegen das Amendement Schulze gestimmt, heute für den Antrag stimmen könnten und würden. Er bedauere die Einmischung der Beamtenfrage, in den Beamten verdächtige man im Voraus viele Mitglieder des Parlaments, das doch stark sein solle im Kampfe gegen den Partikularismus. Wie die Beamten, könne man auch die reichen Leute verdächtigen. In den außerpreußischen Landen stecken die Partikularisten gerade in den Elementen, welche man durch die Ausschließung der Diäten bevorzugen wolle. Gerade in der mit mäßigen Mitteln ausgestatteten Intelligenz stecke in jenen Ländern die nationale, Preußen günstige Partei. Man möge sich nicht gegen den Grundcharakter deutscher Kultur versündigen, welcher darin beruhe, daß den Unbemittelten die Intelligenz, und durch die Intelligenz die höchsten Stufen zugänglich seien. Der Regierungs-Kommissar, Geh. Legationsrath v. Keudell, erklärte, die Regierung könne sich dem Antrage nicht anschließen, die Frage sei durch Bundesregierungen und Parlament gemeinsam zu regeln, und ihr dürfe nicht präjudizirt werden durch Diätenzahlung von Seiten des größten Staates, weil dies die Willigkeit einzelner Bundesregierungen zur Verständigung abschwächen werde. Abgeordneter Wagener: Er sei mit seiner Ansicht über die Diätenfrage sachlich noch nicht mit sich zum Abschluß gekommen, er stimme gegen den Antrag, weil er das Haus nicht für kompetent halte, theils aus den von der Regierung angeführten Gründen, theils weil die vorliegende Frage eine Finanzfrage sei. Keine Diäten zahle man, wo die Mitglieder eigene Rechte vertreten, Diäten zahle man, wo sie als Mandatare angesehen werden. Ihm sei die Frage zweifelhaft, weil es zweifelhaft sei, ob in Deutschland eine genügende Anzahl von Männern zu finden sei, die ohne Entschädigung die nothwendige parlamentarische Arbeit übernehmen. Er fürchte, man werde durch Nichtbewilligung von Diäten die Bourgeoisie bevorzugen, dagegen eine Vertretung der arbeitenden Klassen aus ihrer eigenen Mitte hindern. Er müsse sich daher für die prinzipielle Seite der Frage sein Votum vorbehalten. Sein heutiges Votum sei nur ein Kompetenzvotum. Abg. Twesten: Wenn Wagener die Vertretung der arbeitenden Klassen aus ihrer Mitte wünsche, so möge er jetzt für den Antrag stimmen, welcher sich auf das entscheidende Parlament beziehe. Die Ausschließung der Diäten sei ein Census für das passive Wahlrecht, der viel weniger Berechtigung habe, als ein Census für das aktive Wahlrecht. Man schaffe durch denselben eine Klassengesetzgebung, wie die englische; dort habe man auch, wenn man talentvolle, aber vermögenslose Leute ins Parlament habe bringen wollen, dieselben bezahlt. Eine Bezahlung, durch die Wähler mache den Abgeordneten von diesen abhängig. Ohne Diäten sei die hinreichende Zahl von Kandidaten nicht vorhanden; das beweise die Anwesenheit so vieler Beamten in den Volksvertretungen und deren hervorragende Thätigkeit. Eine große Zahl unabhängiger und an die staatlichen Geschäfte gewöhnter Männer, wie England, habe Deutschland nicht. Ueberall in Deutschland seien Diäten Sitte, auch in den Provinzial-Landtagen. Bei dem Wahlgesetz habe er gegen das Amendement gestimmt, um das Zustandekommen des Gesetzes nicht in Frage zu stellen, heute sei er von dieser Rücksicht frei, ebenso das Haus, zumal die übrigen Staaten bereits großertheils Diäten eingeführt haben, so daß auch die regierungsseitig gegebene Erklärung nicht zutreffend sei. Abg. Schulze (Berlin) weist zunächst die Bemerkung des Abg. v. Flottwell zurück, daß die linke Seite des Hauses mit einer gewissen Zaghaftigkeit an das allgemeine Wahlrecht gegangen sei; thatsächlich habe er (Redner) das schon durch sein Amendement auf Diäten widerlegt; denn die Verweigerung der Diäten sei die schärfste Antastung des allgemeinen Wahlrechts. Redner wandte sich dann gegen verschiedene Argumente des ersten Referenten. Was die Beamten angehe, so schließe man durch Verweigerung der Diäten nicht alle, am wenigsten die Kategorien aus, welche Carriere machen wollen. Mit Notabelnversammlungen könne man den höchsten Bedürfnissen der Nation nicht abhelfen. Wenn man Diäten verweigere, so wolle man das allgemeine gleiche Wahlrecht nicht; darüber täusche sich das Land nicht.

Der beantragte Schluß wurde angenommen, worauf der Abg. Paur als Antragsteller die Einbringung des Entwurfs kurz motiwirte. Die Diäten seien in Hamburg, Bremen Sachsen-Weimar, Meiningen, Altenburg (unter notorische Konnivenz Preußens) und im Königreich Sachsen beschloßen, er hoffe daher, daß die Regierung sich nicht weiter genirt fühlen werde.

— Der vom Abgeordneten Dr. Paur eingebrachte Gesetzentwurf, die Gewährung von Diäten an die preußischen Abgeordneten zum norddeutschen Parlament betreffend, wurde bei Namensaufruf mit 178 gegen 106 Stimmen angenommen. (Dafür stimmten die liberalen Fraktionen, die Polen, Katholiken und einige Konservative; dagegen die konservativen Fraktionen und beide Vincke's.) — Es folgt die Schlußberathung über den vom Abgeordneten Lasker eingebrachten Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der gesetzlichen Zinsbeschränkungen bei Beleihung von Immobilien; der denselben Gegenstand betreffende Gesetzentwurf des Abg. v. Bethmann-Hollweg wird von demselben zurückgezogen. Der Referent Graf Renard befürwortet, in drastischen Wendungen die Vorurtheile der „mordernen Don Quixotes" geißelnd, die Annahme des Gesetzentwurfes. Gegen denselben spricht im Interesse der kleineren ländlichen Grundbesitzer Abg. v. Wedemeyer. Beide Redner urgiren die Vorlage der neuen Hypothekenordnung, welche der Regierungskommissar für die nächste Session zugesagt; derselbe erklärt außerdem das Einverständniß der Regierung, welche die Einbringung des Gesetzentwurfs im Ganzen gern gesehen habe, mit den §§ 1 und 2 desselben; dagegen würde § 3 die Annahme im Herrenhause erschweren. — Nachdem noch der Abg. v. Eckardstein die Annahme des Gesetzentwurfs befürwortet und der Antragsteller Abg. Lasker denselben unter Beleuchtung der schlechten Lage des Berliner Hypothekenmarktes empfohlen, wird die Generaldiskussion geschlossen. Bei Eröffnung der Spezialdiskussion werden zu den §§ 1 und 3 Amendements von den Abgg. Bethusy-Huc u. Kleist eingebracht; auf Antrag des Abg. Graf Schwerin wird in Folge dessen die Sitzung um 4 Uhr vertagt.

55. Sitzung des Abgeordnetenhauses a. 18. d.

Das Haus trat in die Fortsetzung der Berathung des Laskerschen Antrages betreffend die Aufhebung der Zinsbeschränkungen für den hypothekarischen Kredit ein. In Rücksicht auf die gestrige Erklärung der Regierung brachte Lasker ein Amendement zu § 3 seines Entwurfs ein, durch welches den Hypotheken-Schuldnern bei mehr als 6 Prozent Zinsen jederzeit das Recht eingeräumt wird, mit sechsmonatlicher Frist zu kündigen. Abg. Michaelis (Stettin): Der Noth des Grundbesitzers sei unzweifelhaft geworden, die alten Gegner der Aufhebung der Wucherge-

setze kämpfen jetzt theils für dieselbe, theils lassen sie sich wenigstens auf ein Argumentiren aus der Sachlage ein. Die Sicherheit des Hypothekarkredits hängt davon ab, daß der Schuldner, wenn der Gläubiger kündigt, einen andern Kapitalisten findet, der an dessen Stelle tritt, ferner davon, daß der später eingetragene Gläubiger, wenn der Vorgläubiger kündigt, einen andern findet, der in dessen Stelle tritt. Gerade dies wird durch die Zinsbeschränkungen erschwert und dadurch der Hypothekenkredit benachtheiligt. Die beobachteten landwirthschaftlichen Krisen werden durch die Zinsbeschränkungen verschärft. Durch die gestrige Erklärung der Staatsregierung sei das Haus in die Lage versetzt, sich überlegen zu müssen, ob es durch theilweise Befreiung die Noth des Grundbesitzes lindern wolle und könne. Es handle sich um die Frage, ob durch die Zulassung der jederseitigen Kündigung seitens der Schuldner mit dreimonatlicher Frist dem Hypothekar-Kredit ermöglicht werde, dem marktgängigen Zinsfuß zu folgen, und ob dadurch die Damno-Geschäfte beseitigt werden. Ersteres sei theilweise der Fall, letzteres bei dreimonatlicher Frist nicht zu erwarten. Unbedenklich würde es sein, das Kündigungsrecht des Schuldners nach zweijähriger Frist eintreten zu lassen; rathsam sei es schon, nach einjähriger Frist das Minimum einer sechsmonatlichen Kündigungsfrist zuzulassen. Die Abgg. v. Kleist und v. Bethusy-Huc zogen ihre Amendements zu Gunsten des Lasker'schen zurück. Es sprachen noch für den Entwurf Abgg. Graf Kleist, von Bethmann-Hollweg, Lasker, Dr. Michelis (Allenstein, gegen denselben: v. Wedemeyer. Der Regierungskommissar erklärte sich mit dem Amendements Lasker einverstanden und erklärt, daß die Regierung aufrichtig bemüht sein werde, dem so amendirten Entwurf im andern Hause Eingang und Annahme zu verschaffen. Hierauf wurde § 1 mit sehr großen Mehrheit angenommen. Zu § 2 weist Abgeordneter Achenbach nach, daß durch den vorliegenden Entwurf die Zinsbeschränkungen für rückständige Kaufpreise nicht aufgehoben werden und gründet hierauf die Zustimmung auf Annahme im Herrenhause. Abg. Lasker: Da die preußische Gesetzgebung die Wuchergesetze lediglich an das Darlehn anlehne und andere Kredite nur analog behandle. Es gelte die Aufhebung der Wuchergesetze für Darlehen ipso jure auch für diese Kredite. § 2 und 3 in der neuen Lasker'schen Fassung wurden hierauf mit sehr großer Mearheit angenommen, ebenso der ganze Gesetzentwurf.

Das Haus trat hierauf in die noch rückständigen Wahlprüfungen ein.

Zur Situation.

Die Konferenzen der Bevollmächtigten der norddeutschen Staaten, so schreibt die „Prov. Corsp." lassen mehr und mehr ein allseitig erfreuliches Ergebniß in Aussicht nehmen. Die Bevollmächtigten haben immer bestimmter erkannt, daß die preußische Regierung den Einzelstaaten keine anderen Opfer zumuthet, als diejenigen, welche die Zusammenfassung aller Kräfte behufs Sicherung eines mächtigen nationalen Fortschritts auf dem wirthschaftlichen und politischen Gebiete unabweislich erfordert, und daß über diese Gebiete gemeinsamen Schaffens hinaus der norddeutsche Bund den einzelnen Staaten vor Allem eine Anlehnung zur freien und wirksamen Entwickelung ihrer eigenen Kräfte darbieten soll. Alle Betheiligten haben sich denn auch immer klarer überzeugt, wie die zunächst zu bringenden Opfer allen Staaten reichen Ersatz nicht bloß an höherem nationalen Gemeingut, sondern auch an innerem Aufschwung bringen werden.

Das Verhalten der sächsischen Regierung, nächst Preußen der bedeutensten im Bunde, hat von vorn herein auf Neue bekundet, eine wie große Gemeinschaft der naturgemäßen Aufgaben und Ziele, sowie der Grundlagen staatlicher Entwickelung bei unbefangener und ungetrübter Auffassung die sächsische Bevölkerung mit der preußischen verbindet, und daß das beiderseitige Streben vornehmlich dahin gerichtet sein muß, die Keime gemeinsamer Wohlfahrt und Kraft in aufrichtigem Zusammengehen zu pflegen.

Ebenso haben die Regierungen der kleineren Staaten fast durchweg ein volles Verständniß und den redlichsten Willen für die Förderung des großen nationalen Werkes an den Tag gelegt. Allerdings hat der große Abstand der geringen Leistungen, welche die Bevölkerungen der kleinen Staaten bisher für die nationale Vertheidigung zu gewähren hatten, von denjenigen Anforderungen, welche im norddeutschen Bunde bei gleichmäßiger und gerechter Vertheilung der nationalen Pflichten an sie zu stellen sind, den betreffenden Regierungen fürs Erste manche schwere und peinliche Erwägung in Betreff der Aufbringung der neuen Lasten auferlegt. Aber die preußische Regierung wird auch in dieser Beziehung jede mögliche Rücksichtsnahme auf den bisherigen Entwickelungsgang und auf die thatsächlichen Verhältnisse in den kleineren Staaten obwalten lassen und namentlich die Hand dazu bieten, daß die kleineren Staaten den Uebergang zur vollen Erfüllung ihrer neuen Pflichten sich durch eine baldige wirthschaftliche Umgestaltung und Vereinfachung ihrer inneren Einrichtungen erleichtern.

Die Konferenzen werden, nachdem vertrauliche Verhandlungen über wichtige Einzelpunkte der Boden günstig bereitet ist, in den nächsten Tagen unter persönlicher Leitung des Minister-Präsidenten Grafen Bismarck vermuthlich raschen Fortgang gewinnen und bei der vorhandenen wesentlichen Uebereinstimmung über alle Hauptgrundlagen wohl bald zu einem glücklichen Ziele führen."

Politische Rundschau.

Deutschland Berlin. Wie die „Prov.-Korr." meldet, ist das Patent wegen Einverleibung von Schleswig-Holstein in die preußische Monarchie von Sr. Majestät vollzogen und wird unverzüglich dort verkündet werden. Es wird hinzugefügt:

„Die Vereinigung gilt bis auf Weiteres für die ganze Ausdehnung der Herzogthümer Schleswig und Holstein, auch für denjenigen Theil Nordschleswigs, in welchem auf Grund der geschlossenen Verträge demnächst noch eine Abstimmung in Betreff des Verbleibens bei Preußen oder der Rückgabe an Dänemark stattfinden soll. So lange bis diese weitere Entscheidung getroffen ist, haben die Bewohner von ganz Schleswig alle Rechte und Pflichten der Preußen, mithin auch das Recht der Theilnahme an den Wahlen zum nordeutschen Reichstage. Die in dieser Beziehung hier und da geäußerten Zweifel sind durchaus grundlos."

— Die „Prov.-Korresp." meldet: Die Anbahnung einer selbstständigen Entwickelung der evangelischen Landeskirche ist schon vor einigen Jahren auch in den östlichen Provinzen so weit gediehen, daß auf dem Grunde der kirchlichen Gemeinde-Organisation überall Kreis-Synoden in Wirksamkeit getreten sind. Das Kirchenregiment beabsichtigt nunmehr einen weitern Schritt behufs Einrichtung von Provinzial-Synoden zu thun und sollen die bezüglichen Vorbereitungen in der Art getroffen werden, daß die Vorlagen womöglich noch auf den diesjährigen Kreis-Synoden zur verfassungsmäßigen Berathung gelangen können. — In Berlin hat sich, wie die „Ref." mittheilt, neuerdings Hr. v. Hoverbeck bereit erklärt, ein Mandat für das Parlament anzunehmen, und wird demgemäß im ersten oder zweiten Wahlbezirk aufgestellt werden. Virchow hat abgelehnt; er fühlt sich durch seine vielseitigen Arbeiten zu angegriffen, um der erneuten Parlamentsanstrengung gewachsen zu sein. Dr. Johann Jacoby hat sich, wie man hört, zu einer Deputation von Arbeitern dahin geäußert, daß er noch keinen festen Beschluß über die Annahme eines Mandats gefaßt habe.

München. Von den der zweiten Kammer vorgelegten sozialen Gesetzentwürfen werden die einzelnen Hauptbestimmungen jetzt nach und nach bekannt. Ein großer Fortschritt gegen früher in der wirthschaftlich freien Bewegung ist in vielen Punkten nicht zu verkennen, doch fehlt es auch nicht an bedenklichen Bestimmungen, und das von der „Bairischen Zeitung" mit vollen Händen gespendete Lob findet in der übrigen Presse nicht so ohne Weiteres ungetheilte Zustimmung. So enthält das Ansässigmachungs- und Verehelichungsgesetz im Vergleich zu den bisher gültigen Bestimmungen werthvolle Erleichterungen, viele Schranken sind beseitigt, namentlich das Erforderniß eines bestimmten Ansässigkeitstitels, die vorausgehende Prüfung des Nahrungsstandes, das absolute Veto, ebenso ist das sehr zeitraubende und kostspielige formelle Verfahren vereinfacht und billiger eingerichtet worden. Dagegen ist die Ansässigmachung u. A. an die Vollendung des fünfundzwanzigsten Lebensjahres gebunden und das Recht der Verehelichung an den Besitz der Ansässigkeit geknüpft. Die Gemeinden sind ferner befugt, jedem Nichtheimathberechtigten, der sich in ihrem Bezirk nicht wenigstens 3 Jahre unmittelbar vor der Bewerbung aufgehalten hat, die Ansässigkeit zu verweigern und diese Bestimmung wird vollends bedenklich durch einen andern Paragraphen des Heimathgesetzes, wonach den Gemeinden das Recht, die Ausweisung der dem Gemeindewohl gefährlichen Personen zu beantragen, ausdrücklich eingeräumt ist. Auch der „Nürnberger Korrespond." bemerkt über diese beiden letzten Punkte: „Diese, die Niederlassungsfreiheit sehr wesentlich beschränkende Bestimmung wird voraussichtlich den bestrittensten Punkt in diesem Entwurfe bilden. In Verbindung mit den in dem Gesetzentwurf über Heirath und Aufenthalt vorgesehenen Ausweisungsbefugnissen kann sie vollends unter Umständen zu den lästigsten Chikanen gemißbraucht werden."

Frankreich. Am 11. Febr. erfolgt die Eröffnung der Kammern; dies ist nunmehr als fest bestimmt anzusehen. Die Vorarbeiten zum Gesetz über die Reorganisirung der Armee sind vollständig fertig; auch die Controverse über die Stellvertretung ist im Principe gelöst; die definitive Redaction des Gesetzentwurfes ist bereits begonnen. Auch das Budget ist im Staatsrathe schon weit vorgerückt, so daß dasselbe sofort am Tage nach der Thronrede vorgelegt werden kann.

— Die Regierung hat den diplomatischen Agenten im Auslande die Weisung zugehen lassen, in der orientalischen Frage die größte Zurückhaltung zu beobachten, zugleich aber mit Aufmerksamkeit allen ihren Phasen zu folgen. Auch wurde ihnen angedeutet, daß Frankreich nicht aufhöre, für die Pforte die wohlwollendsten Gesinnungen zu nähren. — In den Besprechungen zwischen dem Kaiser und dem Grafen Walewski wurde beschlossen, den Mitgliedern der Kammern mitzutheilen, wie dringend der Kaiser alle Debatten über Mexiko vermieden wünsche; auch wurde der Termin für die Einberufung auf Mitte Februar anberaumt. — Die „Revue des deux Mondes" ergeht sich wieder in unfruchtbaren Rekriminationen über die französische Politik zur Zeit der Londoner Konferenzen. „Man hüllte sich in den Nebel des Nationalitätenprinzipes und ließ Deutschland gewähren. Diese unzeitige Nachsicht der französischen Politik veranlaßte vor einigen Wochen den Grafen Bismarck in der zweiten Kammer, Frankreich mit derber brandenburgischer Ironie für diese Haltung zu danken." Die europäischen Zustände erscheinen der „Revue" grau in grau, und an Oesterreich und Spanien scheint sie zu verzweifeln. Sie sieht nur zwei sich verjüngende Staaten: Preußen und Italien. — Das aus Mexiko zurückkehrende Expeditionskorps beläuft sich auf 32,000 Mann. — Das „Siécle" bringt einen Artikel über die orientalische Frage, in welchem Henri Martin ausführt, daß die in der Türkei ausgebrochene Bewegung nicht mehr aufzuhalten ist. „Es handelt sich nicht mehr darum, zu wissen, ob die Bewegung verfrüht gewesen, sondern ob sie zurückzudrängen ist. Sie wird nicht mehr still stehen. Nach den Kandioten kommt die ganze griechische Race dabei ins Spiel. Man mag von den Griechen alles Ueble sagen, was man will, aber was Niemand zu leugnen wagen wird, ist, daß sie für ihr Vaterland sowohl ihre Güter als ihr Leben aufzuopfern vrstehen. Da die Griechen durch die Sympathien Europa's unterstützt werden, zumal durch die italienischen Freischärler, welche anfangen der Sache der Nationalitäten zurückerstatten, was die Freunde dieser Sache für Italien gethan haben; da die Griechen ferner auf die Slaven der Türkei zu rechnen haben, (und die Slaven, daran zweifle man nicht, werden zum Frühjahr unter den Waffen stehen), so werden sie nicht nachgeben. Was werden dem sich vergrößernden Kampfe gegenüber die Westmächte thun? Wird man die angeblichen Rechte der Türkei gegen Griechenland in Schutz nehmen? Unmöglich!" — Der Artikel sagt schließlich: „Es giebt, wie uns scheint, nur eine einzige Lösung, die den Interessen Europas und der Humanität entsprechen würde. Es ist die Gesammtintervention der europäischen Mächte, Frankreichs, Englands, Deutschlands, Italiens, um dem Blutvergießen Einhalt zu thun und die Türkei zu nöthigen, den christlichen Nationalitäten im Orient gegenüber nachzugeben, die serbischen Festungen und den bisher von den Türken besetzt gehaltenen Theil Serbiens zu räumen, die Vereinigung Serbiens mit den andern serbischen Provinzen zuzugeben, Bulgarien von der drückenden Hand der türkischen Paschas zu erlösen und ihm eine autonome Verwaltung zu geben, endlich Kreta und die andern Inseln des Archipels, Epirus und Thessalien, d. h. das Land, welches wahrhaft in Sprache und Nationalität griechisch ist, Griechenland zu überlassen."

Provinzielles.

Neuenburg, 13. Januar. Wie wohl das Abgeordnetenhaus wohl daran gethan hat, durch Annahme des bekannten Hoverbeckschen Antrages den Herren Geistlichen und Regierungsräthen die beliebige Verfügung über den für Lehrer bestimmten Unterstützungs-Fonds durch die Bestimmung zu nehmen, daß fortan die besagten Summen lediglich zu festen Gehaltszuschüssen verwendet werden dürfen, beweist ein in unserer Gegend neuerdings vorgekommener Fall, wonach einem Lehrer, der eine der einträglichsten Lehrer- und Organistenstellen des Kreises inne hat, und der an eigenen Kapitalien nahezu tausend Thaler ausgeliehen hat, noch eine Unterstützung von zehn Thalern zu Theil geworden ist. Daß der Unterstützte „gesinnungstüchtig" und ein „lieb Kind" der Herren Geistlichen ist, muß freilich vorausgesetzt werden, und insofern hätte er eine Unterstützung schon verdient; ob es aber ganz recht ist, einem notorisch wohlhabenden Manne zum Nachtheile so mancher Hungerleider desselben Standes „außerordentliche Unterstützungen" zuzuwenden, mögen die Leser selbst beurtheilen.

Danzig, den 17. Januar. In der am 16. d. M. abgehaltenen Sitzung der Aeltesten hiesiger Kaufmannschaft kamen nachfolgende Gegenstände von allgemeinerem Interesse zum Vortrage. In Folge einer von der Handelskammer zu Hamburg an den dortigen Senat gerichteten Denkschrift, welche bezweckt, bei der bevorstehenden Vereinbarung gesetzlicher Bestimmungen über die Militärpflicht der norddeutschen Bundesangehörigen dahin zu wirken, daß solche derselben unterworfene junge Kaufleute, welche sich zur Zeit einer Mobilmachung in transatlantischen Ländern befinden, von der Erfüllung ihrer Wehrpflicht entbunden werden, die von der Handelskammer dem Collegio zur Befürwortung eingesandt worden, ist eine Commission zur Prüfung und Berichterstattung darüber ernannt worden.

Aus Ostpreußen. Die Wölfe fangen in der Johannisburger Gegend an, eine wahre Landplage zu werden. So sind vor Kurzem 4—5 derselben bei einem Bauer in Jeglinnen, einem an der Chaussee nach Arys belegenen Dorfe, in einen Stall eingebrochen, indem sie das Fundament des Stalles unterwühlten, und haben sich ein fettes Mastschwein geholt. Auch in der Johannisburger Forst werden häufig genug die Ueberreste von von Wölfen zerfleischter Rehe angetroffen. Was dagegen hier und da von Angriffen auf Menschen erzählt wird, gehört in das Gebiet der Fabel.

Lokales.

— **Zur Wahl für das Parlament.** Die Herren C. v. Kries und Genossen haben in einem der vorigen Nummer des Wochenblatts beigelegten Aufruf alle deutschen Wähler aufgefordert, Herrn v. Sänger-Grabia ihre Stimmen zu geben.

Um diesen Vorschlag zu begründen, unterscheiden sie drei Parteien; die Conservativen, die Altliberalen und die Fortschritts-Partei, und behaupten, daß Herr von Sänger der einzige Candidat sei, für den sich auch bereits die conservative Partei ausgesprochen, „während sie bei einer Candidatur des Herrn Dr. Meyer definitiv erklärt hat, sich bei der engeren Wahl der Stimme zu enthalten."

Wir begrüßen es zunächst mit Freuden, daß die Führer der Altliberalen in einem Aufruf die Wahl eines Deutschen als die Aufgabe hingestellt haben, die von allen deutschen Wählern anzustreben ist. Wir geben bei diesen Gesinnungen die Hoffnung nicht auf, uns mit den Herren von Kries und Genossen zu verständigen.

Behufs dieser Verständigung bemerken wir, daß die Herren von Kries und Genossen in Paar wesentlichen Punkten sich im thatsächlichen Irrthum zu befinden scheinen. Erstlich ist es durchaus nicht richtig nur drei Parteien zu unterscheiden. Alle diejenigen, welche unter dem Namen „Fortschrittspartei" zusammen gefaßt werden, dürften durchaus nicht so ohne Weiteres zusammengehören, um sie als Mitglieder einer Partei zu bezeichnen Vielleicht sind die Unterschiede unter den verschiedenen Mitgliedern der s. g. Fortschritts- richtiger entschieden liberalen Partei größer als z. B. die zwischen Conservativen und Altliberalen.

Sodann ist nicht zu vergessen, daß die Conservativen durchaus **nicht** alle sich geweigert haben, für unsern Candidaten Herrn Dr. Meyer zu stimmen. Wenn einflußreiche Mitglieder der konservativen Partei, bei Gelegenheit der öffentlichen Versammlung sich für die Candidatur des Herrn Dr. M erklärt und dem Comité, welches für dessen Wahl thätig sein will, angeschlossen haben, so sind das Thatsachen, die zu **offenkundig sind um ignorirt zu werden.** Sie stellen demnach die thatsächliche Richtigkeit der von den Herren v. Kries und Genossen zu Grunde gelegten Erwägungen durchaus in Frage.

Wir wissen bestimmt, daß die Liberalen aller Schattirungen, daß ein Theil der Altliberalen und auch der Conservativen für unsern Candidaten stimmen werden. Wir bezweifeln, daß die Zahl der Conservativen, welche wir durch die Candidatur des Herrn v. Sänger gewinnen, größer ist, als die Zahl der entschieden Liberalen, welche wir durch sie verlieren. Im Gegentheil! Die letztere Zahl dürfte die größere sein.

Wir glauben daher noch immer und, ohne daß wir in dieser wichtigen Frage einer kleinlichen Rechthaberei nachgeben wollen, daß der von uns aufgestellte Candidat

Herr Justizrath Dr. Meyer

die weit aus größte Stimmenzahl vereinigen würde, und ersuchen wir daher die Herren v. Kries und Genossen dringend, indem wir an ihren Patriotismus appelliren, nicht erst bei einer engeren Wahl, deren Resultat so leicht das Spiel eines blinden Zufalls sein kann, sondern sofort in der ersten Wahl für unseren Candidaten zu stimmen, dessen öffentlich ausgesprochene Ansichten eine extreme Stellung desselben in den dem norddeutschen Reichstag vorliegenden Fragen gewiß nicht besorgen lassen. Wir stellen Ihnen als Beispiel die Conservativen der Wahlkreise Bromberg und Graudenz-Strasburg vor Augen, welche mit patriotischer Selbstverleugnung und Unterordnung unter die Mehrheit der deutschen Wähler für entschieden liberale Männer (Herrn von Leipziger und Herrn v. Hennig) stimmen werden, ohne es für ihre Pflicht zu halten, in der ersten Wahl die Fahne ihrer speciellen Partei aufzupflanzen.

Nakel, den 16. Januar. Die vom Landrath Freymark und Herrn v. Sänger gestern im Hotel du Nord einberufene Versammlung zur Feststellung eines Kandidaten für das norddeutsche Parlament fand eine zahlreiche Betheiligung, namentlich aus dem Kreise Wirsitz, während der Schubiner Kreis, mit dem wir diesmal zusammen wählen, nur schwach vertreten war. Vom Grafen Stirum wurde Herr v. Saenger-Grabowo, dessen langjährige parlamentarische Wirksamkeit offenkundig wäre, in Vorschlag gebracht und derselbe auch schließlich bei der Abstimmung als Kandidat aller Deutschen in den beiden Wahlkreisen einstimmig proklamirt. (Pos. Ztg.)

— **Industrielles.** Mit Rücksicht auf den sich steigernden Verkehr unseres Platzes mit den Nachbarstädten hat Herr Fuhrwerksbesitzer A. Müller eine Omnibus-Verbindung zwischen Thorn und Strasburg und Thorn-Culmsee begründet. Morgens geht der Omnibus von Culmsee und von hier dahin des Abends ab. Die Tour kostet 12 Sgr., per Meile 4 Sgr. Von Thorn, wie von Strasburg geht täglich ein Omnibus ab. Die Tour kostet 1 Thlr., die Meile 4 Sgr.

— **Handwerkerverein.** In der Versammlung am 17. d. hielt Herr Kaufm. Mises über den Inhalt und die Bedeutung des Talmud einen so eingehenden und ansprechenden Vortrag, daß der Genannte von Herrn Behrensdorff und mit diesem von allen Anwesenden ersucht wurde, seinen Vortrag durch unser Blatt zu veröffentlichen. Da Herr M. diesem Ersuchen ehestens nachzukommen sich bereit erklärte, so erachten wir uns einer kurzen Inhaltsangabe über den Vortrag für überhoben. Gleichzeitig wurde der in der Vers. anwesende Rabbiner Herr Dr Rahmer, da das Thema des Vortrages ein so lebhaftes Interesse gefunden hatte, ersucht, eine literärisch-historische Charakteristik des Talmud im Vereine zu geben, welchem Ersuchen derselbe in 14 Tagen nachzukommen so gütig war, zuzusagen. — Der Herr Vorsitzende theilte mit, daß am Montag d. 21. Abends im Saale des Herrn Hildebrandt die Feier des Stiftungstags des Vereins durch ein bescheidenes Abendessen — Couvert 10 Sgr. — statthaben wird. Zeichnungen zu demselben nimmt Herr Hildebrandt bis Sonntag, den 20. Mittags entgegen. — Zur Revision des Rechnungsberichts p. 1866 wurde eine Commission, die Herren Rendant Rüdiger, Registrator Krosch und Kaufm. L. Hesselbein, gewählt. — Der Herr Vorsitzende G. Prowe machte die Anwesenden darauf aufmerksam, daß die Wählerlisten zum norddeutschen Parlamente in der Magistrats-Registratur ausliegen und die Pflicht eines Jeden sei, damit keine deutsche Stimme verloren gehe, sich die Ueberzeugung zu verschaffen, daß er nicht ausgelassen sei. Hierauf erbat sich Herr K. Marquart noch das Wort, um die Anwesenden zu ersuchen, für die Kandidatur des Herrn Justizrath Dr. Meyer in ihren Wirkungskreisen angelegentlichst zu wirken.

— **Polizeibericht.** Vom 9. bis incl. 16. d. Mts. sind 2 Diebstähle zur Feststellung gekommen, worunter einer von großem Belange. In der Nacht vom 11. zum 12. sind dem Uhrmacher Louis Hirsch von hier aus seinem im Hause Breitestraße 50 parterre belegenen Geschäftslokale sämmtliche Taschenuhren zum Werthe von gegen 2000 Thlr. gestohlen. Der Thäter hat bis jetzt nicht ermittelt werden können, jedoch liegen dringende Verdachtsmomente gegen ein Individuum vor und ist das Verfahren bereits eingeleitet.

Zur Verhaftung sind 10 Obdachlose, 8 Dirnen, 3 Bettler, 3 Unfugstifter gekommen.

246 Fremde sind angemeldet.

— **Theater.** Am Freitag den 18. hatte Frln. M. Ziegeler ihre Benefiz-Vorstellung, zu welcher dieselbe das Lustspiel von Charl. Birch-Pfeiffer „Der Ring" gewählt hatte. Das Stück ist geschickt gearbeitet und daher unterhaltend, wenngleich ein Liebeshandel am Hofe Ludwig des Fünfzehnten ein heute wenig ansprechendes Süjet ist. Der Totaleindruck des Stücks war ein günstiger, weil dasselbe möglichst einstudirt und die Rollen angemessen besetzt waren. Besonders hervorzuheben sind die Damen Frln. v. Rigéno „Amadée", Frln. M. Ziegeler „Aimée" und die Herren v. Düringsfeld „Richelieu", Gleißenberg „König Ludwig" und Bärenfeld „Gaspard". Zu der Vorstellung wurde ein Gedicht „Künstlers Erdenwallen" in 7 lebenden Bildern von Herrn Carlsen gestellt, aufgeführt und mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch-Papier 21¹/₆ pCt. Russisch-Papier 21 pCt. Klein-Courant 20—25 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 125 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 18. Januar. Temp. Kälte 7 Grad. Luftdruck 27 Zoll 11 Strich. Wasserstand 1 Fuß 5 Zoll.

Den 19. Januar. Temp Kälte 5 Grad. Luftdruck 27 Zoll 11 Strich. Wasserstand 1 Fuß 6 Zoll

Wasserstand der Weichsel. Gestern 3 Fuß 8 Zoll heute 3 Fuß 10 Zoll.

Briefkasten.

Eingesandt. Warum legt man die Trottoirplatte beim Kaufmann Herrn G. Weese nicht flacher, da man die Ersteigung dieses kleinen Berges, im Winter nur mit der größten Vorsicht bewerkstelligen kann?

Eingesandt.

Die deutsche Roman-Zeitung (Verlag von Otto Janke in Berlin) hat ihren vierten Jahrgang begonnen, und fährt fort durch die interessantesten neuesten Romane Deutscher Lieblingsschriftsteller ihr Lesere zufrieden zu stellen. Die zunehmende Abonnentenzahl giebt den besten Beweis von der Lebensfähigkeit des seiner Zeit von allen Freunden guter Belletristik freudig begrüßten Unternehmens, das immer mehr dem vorgesteckten Ziele nahe kommt, ein deutsches Nationalwerk zu sein. Als solches hat sie bereits dem Publikum Romane geliefert, welche Anspruch auf Klassizität haben. Friedrich Spielhagen, In Reih' und Glied — Wilh. Raabe (Jakob Corvinus), Der Hungerpastor — Edmund Höfer, Altermann Ryke — August Becker, Des Rabbi Vermächtniß — A. E. Brachvogel, William Hogarth — und andere großes Aufsehen erregende Werke erschienen in der Roman-Zeitung!

Der eben begonnene Jahrgang 1867 erweitert das Programm. Auch Philipp Galen, der berühmte Verfasser des „Irren von St. James", „Fritz Stilling" und anderer allgemein begehrter und in mehreren Auflagen erschienener Romane wird diesen Jahrgang durch eine kleine und eine große Arbeit, betittelt: „Jane, die Jüdin" und „Das Irrlicht von Argentières" illustriren. Außer diesen Romanen werden angekündigt: Am Abgrund, Roman in vier Bänden von Max Ring — Der Verfehmte, Roman in 3 Bde. von August Becker — Babel, historischer Roman aus Oesterreichs neuester Vergangenheit, vier Bände von Alfred Meißner — Goldengel von Cöln, Roman von Ernst Pasqué — ein großer Roman von Gustav vom See und Anderes.

Mit einem großen vierbändigen Roman von Edmund Hoefer: In der Irre und dem Epoche machenden die Oesterreichischen modernen kirchlichen Zustände insbesondere behandelnden Roman: „Verlorene Seelen", von Leo Wolfram ist der Jahrgang 1867 eingeleitet.

Diese Romane, welche in den Buch-Ausgaben allein nahe an 50 Thlr. kosten, erhalten die Abonnenten der Roman-Zeitung für den unglaublich wohlfeilen Preis von nur 1 Thlr. vierteljährlich (also für den in Leihbibliotheken üblichen Leihpreis! und außerdem ein reiches interessantes Feuilleton „Kleine Roman-Zeitung" dazu. Buchhandlungen und Postanstalten auch in den kleinsten Städten vermitteln dafür die Roman-Zeitung dem Publikum, so daß alle Freunde des guten deutschen Original-Romans leicht in Besitz gelangen können, wo sie sonst vergeblich Monate und Jahre darauf warten mußten. 0—0

Inserate.

Bekanntmachung.

Montag, den 28. Januar 1867

von Vormittags 10 Uhr ab

sollen im städtischen Forstrevier Smolnick und zwar im Jagen 12, unweit der Hebestelle der Culmer Chaussee ungefahr 150—200 Stück kieferne Bauhölzer von allen Stärken, sowie etwa 30 Stück starke birkene, zu Nutzholz geeignete Stämme an Ort und Stelle gegen gleich baare Bezahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Thorn, den 17. Januar 1867.

Der Magistrat.

Reglement,

wegen Benutzung der Rathsbibliothek zu Thorn.

§ 1.

Die Benutzung der Thorner Raths-Bibliothek durch Lesen und Excerpien an **Ort und Stelle** steht Jedem während der Bureau-Stunden (von 8¹/₂ bis 12¹/₂ Uhr früh und von 3 bis 6 Uhr Nachmittag) in Gegenwart eines Mitgliedes oder Beamten des Magistrats frei.

Soll diese Benutzung länger als 2 Stunden dauern, so muß die Meldung spätestens Tags vorher erfolgen.

Wenn es an Kräften zur Beaufsichtigung gebricht, muß der Besucher sich gefallen lassen, daß ihm die gewünschten Bücher in einem Bureau-Local zur Einsicht vorgelegt werden.

§ 2.

Die Entnahme von Büchern, Manuscripten, Karten und dergl. wird von der Zustimmung des Magistrats abhängig gemacht.

Die Zeit zur Rückgabe wird in der Regel auf höchstens 4 Wochen bestimmt.

Erfolgt die Rückgabe nicht, oder ist das zurückgegebene Buch nicht in unversehrtem Zustande, so hat der Entleiher den Werth desselben, beziehungsweise den Schaden nach der von dem Magistrat abzugebenden Schätzung zu ersetzen.

§ 3.

Ueber den Empfang der Bücher hat der Entleiher eine Quittung, welche zugleich die oben angegebenen Verpflichtungen enthält, zu unterschreiben.

Der Magistrat ist auch befugt, für die Erfüllung dieser Verbindlichkeiten die Bürgschaftserklärung eines Dritten oder Caution zu verlangen.

Der L. W. Egers'sche Fenchel-Honig-Extract

ist das lieblichste, aus dem edelsten Blumenhonig (mel hortense), der Fenchelpflanze und vielen heilsamen Säften mit größter Gewissenhaftigkeit bereitete, für Magen, Lunge, Unterleib und Blut vortheilhafteste und unschädlichste Genußmittel

für alle Kranke,

namentlich aber bei Hals- und Brust Leiden, Husten, Heiserkeit, Verschleimung ꝛc. Bei Keuchhusten, Bräune u. a. Kinderkrankheiten giebt man ihn erwärmt. Kinder nehmen ihn für ihr Leben gern. Bei Hämorrhoidal- und Unterleibs-Leiden nimmt man ihn rein für sich oder in gutem Trinkwasser aufgelöst. In größeren Gaben bewirkt er leichte Leibesöffnung.

Jede Flasche trägt die eingebrannte Firma, sowie Siegel, Etiquette nebst Facsimile des Erfinders L. W. Egers in Breslau. Die alleinige Niederlage ist bei **C. W. Klapp** in Thorn.

Wieser's Kaffeehaus.

Sonntag, den 20. Januar

Nachmittags-Concert.

Entree à Person 2½ Sgr.,
Familien von 3 Personen 5 Sgr.
Kinder 1 Sgr. Ende nach 6 Uhr.

A. Krämer, Musikmeister.

Der Omnibus steht von 2 Uhr ab an der Culmerstraßen-Ecke zur Heraus- und Rückfahrt bereit.

Vorschuß-Verein.

General-Versammlung

am Dienstag, den 22. Januar
Abends 7½ Uhr
im Saale des Schützenhauses.

Tagesordnung:

1) Rechnungslegung pro IV. Quartal 1866.
2) Jahres-Abschluß.
3) Feststellung der Dividende und des Reservefonds.
4) Wahl von 3 Rechnungsrevisoren.
5) Ausschluß von Mitgliedern.
6) Ausloosung und Wahl eines Verstandes und dreier Ausschuß-Mitglieder



Etablissements-Anzeige.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich mich hierselbst als Tischlermeister etablirt habe und verbinde ich damit die Bitte mich bei vorkommenden Arbeiten gütigst berücksichtigen zu wollen. Gute und saubere Arbeit werde ich stets bei soliden Preisen liefern.

J. v. Golaszewski, Gerechtestr. Nr. 122.

Die Ziehungsliste der Cölner
Dombau-Lotterie
in übersicht. Nummerfolge geordn.
à 1 Sgr. versendet (n. auswärts gegen Einsend. v. 1½ Sgr. in Briefm.) umgeh. u. fr.
Neumann-Hartmann, Buchhdl. in Elbing.

Drei fette Schweine hat zu verkaufen **Sztuczko.**

Allen hohen Gönnern, Freunden und Bekannten unseres verstorbenen theuren Gatten und Vaters, **Ferdinand Friedrich Reissmüller**, die denselben auf seinem letzten Gange begleitet, für die hierdurch für uns so tröstend bewiesene Theilnahme, den herzlichsten, innigsten Dank.

Die Hinterbliebenen

Die Ziehungs-Listen zur II. Serie der
Kölner Dombau-Lotterie
ist angekommen und liegt zur Ansicht bereit bei
Ernst Lambeck.

Pfannkuchen gefüllte und ungefüllte in reiner Butter sind von morgen ab zu haben bei **R. Dröse**, Bäckerstr. Nr. 15.



Montag Abend Grütz- und Leberwürstchen bei

F. Menzel.

Diejenigen welche geneigt sind die Matzen hier backen zu lassen, können sich melden bei

H. Aron.

Valencia-Apfelsinen

in großer Frucht per Stück 1½ Sgr. und 2 Sgr. empfiehlt **Adolph Raatz.**

Engl. Biscuits

in 3 Sorten Picnick, Albert und Cracknels zum Thee sowohl wie zu Bouillon und Obst-Suppen;

Astrachaner Zucker-Erbsen

in 2 Qualitäten empfiehlt

J. G. Adolph.

Wapnoer Düngergyps à 10 Sgr. pr. Ctr.
Engl. Maschinen-Kohlen à 23 Thlr. pr. Last vorräthig bei **Felix Giraud.**

Parafin-Kerzen à 5 und 6 Sgr. das Pack empfiehlt **Wolff H. Kalischer.**

Ein tüchtiger Destillateur und ein Lehrling wird sofort zu engagiren gesucht von

Adolph J. Schmul,
Inowraclaw.

Berlin.

Größte Auswahl feinster Pianinos von 120 Thlr. an.
Salon-Flügel 300 Thlr., Harmoniums von 100 Thlr. an.

Giovanni di Dio, Königl. Hoffabrikant.
Lager: Hausvoigteiplatz Nr. 2.

Theater-Billete billigst bei **J. L. Dekkert.**



Kloben Klafterholz I. Kl. à 4 Thlr. 25 Sgr
Kloben-Klafterholz II. Kl. à 4 Thlr.
Knüppelholz à 4 Thlr.
frei vor die Thüre verkauft **Schultz** in Brandmühle. Bestellungen nimmt Herr **G. Sachs** entgegen.

Stelle-Gesuch.

Ein gebildetes anspruchloses Mädchen aus Pommern, deren Stellung durch den Tod ihrer Dame gelöst ist, sucht ein anderes Unterkommen, vielleicht als Pflegerin und Gesellschafterin einer alten Dame oder als Vorsteherin eines Haushalts. Vorzügliche Atteste stehen derselben zur Seite. Franko-Offerten werden bis zum 1. Februar unter Chiffre **H. H. post-restante Thorn** erbeten.



Frische Blumen Bouquets mit Camelien und Veilchen, schön blühende Hyazinthen, Maiblümchen ꝛc. ꝛc. empfiehlt

C. Schönborn.

Meine Bleiche empfehle zur geneigten Benutzung. Den Bleich-Kalender sende auf gef. Verlangen zu. **C. Schönborn.**

Zum Waschen, Färben und Modernisiren alle Sorten **Strohhüte**, nehme ich in Empfang, und schicke die 1. Sendung den **1. Februar** nach Berlin ab. **E. Szwaycarska.**

Einen zuverlässigen

Laufburschen

suche ich zu sofortigen Eintritt.

Ernst Lambeck.

Strohhüte

zum Waschen, Färben und modernisiren werden zur 1. Sendung angenommen bei

E. Jontow.

Theater-Abonnement à 9½ Sgr. bei Wolff H. Kalischer.

Altstädt. Markt Nr. 436 ist die Belletage bestehend in 4 heitzbaren Zimmern nebst Küche, Keller und Bodenraum zu vermiethen.

Moses Kalischer.

Brückenstraße Nr. 18 ist die dritte Etage zu vermiethen.

Eine Wohnung bestehend aus 3 Stuben, Alkofen, Küche, Holzstall, Bodenraum und Keller zu vermiethen vom 1. April cr. Neustadt Nr. 47.

Brückenstraße Nr. 40 ist ein Laden nebst Zubehör zu vermiethen.

Ein freundliches möblirtes Zimmer ist zu vermiethen. Näheres in der Exp. d. Bl.

Zwei Wohnungen, jede bestehend aus drei Stuben, Alkofen und sämmtlichem Zubehör sind vom 1. April einzeln oder im Ganzen zu vermiethen. **Sztuczko.**

Ein Laden nebst Wohnung ist sofort zu vermiethen Brückenstr. 20 bei **M. Beuth.**

Im Hause Altstadt Nr. 257 ist die bis jetzt vom Herrn Kreis-Rendanten **Stoboy** benutzte Wohnung vom 1. April anderweitig zu vermiethen

Rudolph Engelhardt.

Neustädter Markt Nr. 145 sind zwei kleinere Wohnungen oder die Parterre-Gelegenheit, für ein Comptoir- oder Laden-Geschäft passend, vom 1. April cr. zu vermiethen.

Stadttheater in Thorn.

Sonntag, den 20. Januar. Gastspiel des Herrn **v. Düringsfeld.** **„Doktor Faust's Hauskäppchen,"** oder: **„Die Herberge im Walde."** Posse mit Gesang in 3 Akten und 1 Vorspiel: Die Testamentseröffnung, von Friedrich Hopp. Musik von Höbenstreit.

Montag, den 21. Januar. **„Ein geadelter Kaufmann."** Lustspiel in 5 Aufzügen von C. A. Görner.

Die Direktion.

Kirchliche Nachrichten.

In der altstädtischen evangelischen Kirche.

Getauft: Den 13. Januar Emma Henriette Ernstine, T. d. Arb. Heyer; d. 15. Minna Auguste, T. d. Schuhmachermstr. Huch.

Gestorben: Den 10. Januar der Fleischermstr. Bach 41 J. 3 M. alt, am Nervenfieber; Marie, unehl. T. 10 M. alt, an der Lungenentzündung; d. 13. Jungf. Schwitzke 75 J. 5 M. alt, am Lungenleiden; d. 16. eine todtgeborene T. d. Schiffsgeh. Czener.

In der St. Marien-Kirche.

Getauft: Den 13. Januar Wladislaw, S. d. Arb. Dogge zu Gr. Mocker; Johann, S. d. Arb. Furmanowicz zu Kl. Mocker

Gestorben: Den 10 Januar Antonie, T. d. Arb. Dzialdowski zu Kl. Mocker, 13 T. alt, an Krämpfen.

In der St. Johannis-Kirche.

Getraut: Den 13. Januar Wittwer Piasecki mit der Jungf. Szczepanska.

Gestorben: Den 16. Januar der Arb. Malinowski 60 J. alt.

In der St. Georgen-Parochie.

Getauft: Den 7. Januar Maria Emilie, T. d. Schmiedegef. Ladwig im Altmocker.

Gestorben: Den 9. Januar der Korbmachergef. Ehlert aus Elbing 48 J. alt, am Bluthusten; Maria Emilie, T. d. Schmiedegef. Ladwig 11 T. alt, am Kinnbackenkrampf; d. 10. der Arb. Giraud in Bromb. Vorst. 73 J. alt, an Altersschwäche; d. 11. Jungf. Ott in Neumocker 26 J. alt, an der Wassersucht; d. 15. die Hospitaliten Schäfer geb. Wendisch 80 J. alt, an Altersschwäche.

In der neustädt. evangelischen Stadt-Gemeinde.

Getauft: Den 13. Januar der Gerbergef. Hoffmann mit Mariane Folrowska.

Gestorben: Den 15. Januar der Garnisonbüchsenmacher Reissmüller 64 J. alt, an der Lungenentzündung.

Es predigen:

Am II. Sonntag nach Epiphanias den 20. Januar.

In der altstädtischen evangelischen Kirche

Vormittags Herr Superintendent Markull.
Militärgottesdienst, 12 Uhr Mittags Herr Garnisonprediger Eilsberger.
Nachmittags Herr Pfarrer Gessel.
Freitag, den 25. Januar Herr Superintendent Markull.

In der neustädtischen evangelischen Kirche.

Vormittags Herr Pfarrer Schnibbe.
Nachmittags Herr Predigtamts-Kandidat Gonell.
Mittwoch, den 23. Januar Abends 6 Uhr Bibelstund Herr Pfarrer Schnibbe.

In der evangelisch-lutherischen Kirche.

Vormittags Herr Pastor Rehm.
Nachmittags 2½ Uhr Catechisation Derselbe.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von Ernst Lambeck.